



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

d/l.: Aus der deutschen Hauptstadt.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Sedan vorwiegend erreicht haben die ihm durch die Schweizer Presse vermittelten Lügenberichte der Franzosen, oder die thränenfälligen Feuilletons schweizerischer Schlachtenbummler aus dem zerflossenen Straßburg. Ein so vernünftiger kritischer Kopf würde sonst nicht mit so viel unklaren Worten die strategische Nothwendigkeit der Beschießung Straßburgs schelten, die zudem größtentheils bei ihm auf falschen Voraussetzungen beruht,\*) er würde die Heimkehr des Königs von Ems nach Berlin noch aus anderen Quellen kennen, als dem fabelhaften Holzschnitt des Paris illustré, wo der König seinem Sohne weinend in die Arme sinkt und Bismarck im Hintergrunde steht, mit dem Bewußtsein des Karnikels und argen Sünders.\*\*)

Wir theilen keineswegs die Ansicht der Pessimisten, daß der Krieg und die blutigen Ausbrüche nach gewonnenem Frieden zwischen Deutschland und der Schweiz das Tischtuch zerschnitten haben für lange Jahre. Aber für Diejenigen gerade, die eine Fortdauer freundnachbarlichen Verkehrs der beiden Nationen ernstlich wünschen, und ihrer segensreichen Folgen sich bewußt sind, erwächst die Pflicht des ehrlichen Freundes in vollem Maße: die Wahrheit zu sagen, den Quellen nachzuspüren, aus denen der Deutschenhaß bei Euch strömt und die Mittel anzudeuten, wie ein besseres Verhältniß begründet werden kann.

Dem soll mein nächster Brief gelten. Einstweilen bin ich dein alter

S . . .

## Aus der deutschen Hauptstadt.

Die Eröffnung des Reichstages und seine drei ersten Sitzungen liegen hinter uns; bereits sind wir fähig ein ungefähres Bild von der Physiognomie des Parlaments zu entwerfen. Bisher war es nicht möglich, die Partein gruppirung genau zu unterscheiden, da fünfunddreißig engere Wahlen stattfinden mußten, und außerdem ungewöhnlich viel Candidaten doppelt gewählt sind. Bei den betreffenden Nachwahlen, die vom Bundeskanzleramt ausgeschrieben werden, wird dann wohl mancher neue nicht sofort zu classificirende Name auftreten, und an dergleichen fehlt es uns ja auch schon jetzt keineswegs. Allein die Gesamtziffern werden im Großen und Ganzen nicht bedeutend alterirt werden. Da die engeren Wahlen in der Zeit zwischen dem 3. März und heute den 27. März, sämmtlich beendet sind, so kann man das quantitative Verhältniß der verschiedenen Fractionen nunmehr feststellen. Wir beginnen

\*) So nennt er die Beschießung von Kehl eine Rache für die Beschießung von Straßburg (S. 28), während, wenn man einmal von den strategischen Gründen absteht, bekanntlich das Umgekehrte der Fall war.

\*\*) Rougemont, S. 21.

mit der neuesten und unserer nationalen Entwicklung gefährlichsten Parteibildung, mit den Clericalen deren besonders in Norddeutschland so über Erwarten starkes Auftreten zu den ernstlichsten Besorgnissen Anlaß giebt.

### I. Reactionäre Parteien.

Ultramontane . . . . .	69
Centrifugale (Welfen, Schleswig-Holsteiner, Polen, der Eine Däne und der Eine schwäbische Großdeutsche) . . . . .	23
Preußische Altconservative und sächsische Particularisten . . . . .	74

### II. Mittelparteien nationaler Färbung.

Freiconservative Deutsche Reichspartei (bisher)*) . . . . .	35
Allgemein liberal und national . . . . .	32
Nationalliberal . . . . .	98

### III. Vorgeschriftene Parteien.

Fortschritt mit linkem Centrum . . . . .	37
Republikaner . . . . .	1
Socialdemokraten . . . . .	2
Dazu unbestimmbar	13

Zusammen 384

Zum näheren Verständniß des Tableaus muß bemerkt werden, daß, während die reactionären Parteien so extrem als möglich sich zu geriren suchen, die Fortschrittsmänner, welche fünf Baiern unter sich zählen, die Absicht eines gemäßigten Verhaltens deutlich zu erkennen geben, im Gegensatz zu ihrem radicalen Auftreten während der Wahlagitation. Ferner verdient Erwähnung, daß von dem Theil der zweiten Gruppe, welchen wir als allgemein liberal und national bezeichnen, nicht wenig Mitglieder dem Vorhaben geneigt und, eine formelle Fraction zu bilden. Als Häupter derselben werden die Herren von Bernuth aus Preußen, Fürst Hohenlohe aus Baiern und von Roggenbach aus Baden fungiren. Ueber das Zustandekommen dieses Planes läßt sich nichts voraussagen. Im Allgemeinen ist die Herrschaft des Fractionswesens auch diesmal anerkannt. Die „Senioren“ des Parlaments haben sich, wie früher im Einverständniß mit ihren betreffenden Fractionen, über eine Ordnung für die Zusammensetzung von Commissionen derart geeinigt, daß die sich selbst als liberal bezeichnenden Fractionen in Zukunft die eine Hälfte aller Commissionsmitglieder ernennen sollen (bei ungerader Zahl sogar

\*) Diese Partei besteht aus den bisherigen norddeutschen Freiconservativen und einigen nationalen Württembergern, wie dem Kriegsminister Wagner, Fürst Hohenlohe-Langenberg, Fürst Waldburg-Zeill.

Ein Mitglied mehr) daß hingegen die andere Hälfte von den anderen Parteien gemeinschaftlich zusammen gestellt wird.

Daß diese Anordnung nicht ungerecht ist, ergibt sich daraus, daß die vereinigten Liberalen die unbestrittene Mehrheit bilden. Das hat sich bereits bei der Ernennung des Präsidiums herausgestellt. Schon bei der Wahl des Fürsten Hohenlohe zum ersten Vicepräsidenten stimmten nur 222 Mitglieder des Hauses für diesen, und 60 clericale Stimmen fielen auf den bairischen Baron Aretin. Das eigentliche Messen der Kräfte trat aber bei der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten ein. Von 296 abgegebenen Stimmen fielen 150, also nur sehr wenig über die erforderliche Majorität, auf den Candidaten der vereinigten nationalen und liberalen Elemente, auf Herrn von Weber, den Präsidenten der württembergischen Kammer. Ein Theil der reactionären Elemente stimmte mit 64 Stimmen für Reichensperger, ein anderer mit 74 Stimmen für Herrn von Blankenburg.

Von Interesse ist, zu sehen, daß eine eigentliche Trennung nach Norden und Süden nicht stattfindet. Allerdings haben die bairischen Patrioten (meist Gesichter mit dem ausgeprägten Ausdruck von Rekehrern) abgefordert von den norddeutschen Clericalen Platz genommen, desto intimer aber ist ihr innerer Zusammenhang. Nur die nationalen Mitglieder des Reichstages aus Süddeutschland sitzen unterschiedlos mit den norddeutschen Männern gleicher Gesinnung zusammen und ihr „Grüß Gott“ tönt freudig hin und wieder für den warmen Empfang der Süddeutschen in Berlin dankte Herr von Weber recht herzlich und Niemand nahm Anstoß an seiner schwäbischen Redeweise, in der das „sch“ für das Schriftdeutsche st und s eine große Rolle spielte. Die Gesamt-Physiognomie des Parlaments ist eine unerwartete, sowohl in Betreff der süddeutschen als der norddeutschen Abgeordneten. Während die Mittel- und Kleinstaaten wie 1867 stark national gewählt haben, sind die preussischen Wahlen reactionärer ausgefallen, als irgend Jemand gedacht hätte. Die Schuld daran liegt wesentlich an dem matten Auftreten unserer Nationalen und Liberalen, die gegenüber den geschlossenen Operationen der Clericalen, so namentlich im Rheinlande durchaus zersplittert vorgingen, wenn sie sich überhaupt geregt haben.

Schon die ungewöhnlich zahlreichen engeren Wahlen zeigen, daß in den meisten Fällen jede Partei auf eigene Hand operirt hat. Compromisse haben nur wenig stattgefunden — das beweisen auch die oft sehr geringen Mehrheiten, mit denen die definitiv gewählten Candidaten durchgedrungen sind. Daß aber von den alten Parteien im Ganzen nicht stark agitirt worden ist, ergibt sich aus der Thatsache, daß in sehr vielen Kreisen die bisherigen Gegner entweder ebenso stark einander gegenüber traten als früher, oder daß doch wenigstens sehr oft die Wahlbezirke ihre alten Vertreter behalten haben. Eine

große Anzahl der thatkräftigsten und meistens auch echt national gesinnten Männer stand bis zum Wahltag unter den Waffen. Desto freieres Spiel hatte dann aber jene Partei, deren eifrigste Agitatoren daheim saßen und deren unverhältnißmäßig zahlreiches Erscheinen im ersten deutschen Reichstage gegenwärtig auf viele Gemüther so erschreckend wirkt — die clericale Fraction. Gerade im Staate der Intelligenz sind die Erfolge jener Partei, deren Wege alle nach Rom führen und die schon vor zwölf Jahren als eine in unserem paritätischen Staate gänzlich unmotivirte Vereinigung von hoher Stelle aus bezeichnet wurde, in bedenklichem Maße zu constatiren. Was wir in Preußen versehen haben, ist durch die süddeutschen Wahlen reichlich gut gemacht. Glänzend geschlagen sind ja Patrioten und katholische Volkspartei in Bayern und Baden. Und wenn man zusammenrechnet, daß in nationaler Hinsicht wir Preußen und überhaupt mit unseren Wahlen zum ersten deutschen Reichstag nicht besonders brüsten können, da wir (abgesehen von den Clericalen) ein höchst beträchtliches Quantum von Particularisten reactionärer und radicaler Färbung stellen (Altconservative, Welfen, Augustenburger — und Fortschritt, der sich bei sehr vielen seiner Wähler diesmal durch die angeblich immer treu ausgeführte Vertretung der specifisch preußischen Interessen empfohlen hat) — ja wenn wir diese keineswegs rühmenswürdigen Ergebnisse in unsern elf Provinzen betrachten, dann müssen wir doch bekennen, daß mit Errichtung des deutschen Kaiserthums der Hohenzollern Preußens innere Geschichte in einen Wendepunkt getreten ist. Die Bevölkerung des Staates Preußen ist, wie ihre kaum zur Hälfte von nationalem Sinn getragenen Abstimmungen beweisen, nicht fähig, oder vielleicht auch nicht willig gewesen, den großen Moment des 3. März 1871 in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen. Vergleichen wir, was unsere Altconservativen und unsere Fortschrittsmänner in Zeitungen und Reden lezt hin alles zum Ruhm ihrer echt preußischen Fürstentreue und ihres echt preußischen, „princip- und charaktervollen Radicalismus“ vorgebracht haben, mit dem vor allem nationalen und gemäßigten Auftreten der Wähler von Sachsen, Mecklenburg, Thüringen, Hessen und Süddeutschland, so kommen wie zu der Schlußfolgerung, daß, wenn die den Kern und die Mehrzahl des deutschen Heeres bildenden preußischen Männer in Waffen seit Beginn des Krieges Deutschland gerettet haben, so am Tage der Friedensfeier den außerpreußischen Deutschen vorbehalten gewesen ist, an der Wahlurne die ordnungsmäßige innere Entwicklung des neuen Reiches sicher zu stellen. Ja, die Entwicklung des preußischen Volkes selber ist durch den der nationalen Sache so günstigen Ausfall der Wahlen im übrigen Deutschland gerettet worden — seit 1867 ist es ein Geheimniß der Sperlinge auf den Dächern, daß alles Gute, was die Bewohner Preußens zu

genießen oder zu erwarten haben, lediglich der Anregung unserer central-deutschen Executive und Legislative zu danken ist. Preußen als solches war seit 1850 überhaupt kein harmonischer Staat; was durch straffe Administration geschaffen war, ließ sich nach Macchiavelli's ewig wahren Ausspruch auch nur durch die gleichen Mittel erhalten. Die natürliche Einheit, welche für das Gedeihen parlamentarischer Einrichtungen erforderlich, fehlt in diesen acht so künstlich aneinander gesetzten Provinzen. Erst durch territoriale und nationale Abrundung des preußischen Volks, wie sie 1866 und 1870 eingetreten ist, wird ein gesundes parlamentarisches Leben möglich. Und ebenso wie das Gebiet, über welches der Hohenzollern Scepter sich erstreckt, erst gegenwärtig als deutsches Reich wieder fähig ist, einen auf der Höhe seiner Zeit stehenden modernen Staat auszumachen — wird vor allem Berlin selber erst jetzt durch den Zutritt frischer Elemente in Stand gesetzt werden, sich aus dem Marasmus seiner politischen Anschauungen aufzuraffen und den Rang einer deutschen Hauptstadt würdig auszufüllen.

Ich schreibe dies in Erinnerung an den dritten März. Wie wohlgemeint ließ sich doch neulich vor den Wahlen unser jetziges Reichstagsmitglied Hr. v. Treitschke vernehmen: die Zeit sei hoffentlich auf immer vorüber, in welcher derselbe Mann noch fröhlichen Herzens gesungen habe, „Für seinen König stirbt der Preuße gern“, um einem radicalen Meinsager gleich darauf seine Stimme zu geben. Nun, wie der dritte März bewiesen hat, wir Berliner stehen noch mitten in dieser Zeit. Wahrhaft prächtig war die Friedens-Illumination der Kaiserstadt; auch die am selben Tage um vier Uhr Nachmittags für einen Friedensgottesdienst geöffneten Kirchen waren stärker gefüllt als wohl je zuvor; aber nichts desto weniger gehören 90 Procent der in die schöngeformten Wahlurnen zwischen 10 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends geworfenen Stimmzettel den negativen Parteien unserer Linken, jener nicht nur vom „Bürger- und Bauernfreund,“ sondern auch von andern demokratischen Blättern auf den Schild gehobenen Trinität: „Fortschritt, Volkspartei, Socialdemokratie.“ Ja, Berlin ist in den letzten Jahren radicaler geworden, denn wenn es im Februar 1867 noch verschiedene Nationalliberale gewählt hat, im Herbst 1867 aber die Stimmen des Fortschritts gegenüber Nationalliberalen und Conservativen 74 Procent betrug, so fielen diesmal auf die Candidaten des Fortschritts 65,2 Procent der Stimmen, auf den „Volksmann“ Jacoby (so heruntergekommen sind wir in dieser Beziehung: aus der Zeit des Conflicts stammt ein in allen Berliner Kneipen hängendes Bild mit 35 Männern des Volks, jetzt haben wir deren nur noch Einen) aber 16,3 Procent, und auf den Socialdemokraten August Grau 5,1 Proc. aller Berliner Stimmen. Der letztere ist für Sie wohl ein dunkler Ehrenmann; aber die auf seinen Namen gedruckten Stimmzettel verewigen ihn für

die Nachwelt als Zimmerpolirer, Stallschreiberstraße No. 6. Er und Jacoby, und der clericale Candidat Müller, waren in allen sechs Berliner Wahlbezirken aufgestellt; in allen sechs aber drangen die Candidaten des Fortschritts durch. Die Conservativen erhielten in ganz Berlin zusammen 9,7 Proc. der Stimmen; der geistliche Rath Müller, welcher nun für den schlesischen Wahlkreis Rybnik-Ples in Parlamente sitzt, vereinigte dagegen nicht mehr als 1,7 Procent der Stimmen auf sich, während Katholiken im Verhältniß von 5,84 Proc. unter der Berliner Bevölkerung vertreten sind.

Die Niederlage der mit soviel Geräusch ins Leben gerufenen „rein demokratischen“ Volkspartei hat in Berlin viel Kummer erregt, hindert aber die Jacobyner nicht, auch für die hier bevorstehenden beiden Nachwahlen an ihrem einzigen Candidaten festzuhalten. Wie in Berlin, ist der Weise von Königsberg auch in seiner Heimathprovinz überall, wo man ihn nur aufgestellt hatte, geschlagen worden. Erwägung verdient überhaupt, daß jene nordöstliche Mark des deutschen Reiches, in der bisher für gemäßigte Elemente wenig Platz war sichtlich davon abläßt, Männer von schneidend entgegengesetzter Parteistellung als Candidaten einander gegenüber zu führen. Die Zahlen des letzten Wahlgangs zeigen deutlich, daß die Mittelparteien Aussicht haben, mehr und mehr festen Fuß in jenen Gegenden zu fassen; wie denn auch jetzt schon eine ganze Anzahl praktischer Politiker aus den dortigen Wahlurnen hervorgegangen ist. Wir sehen in Ostpreußen neben 2 Clericalen, 9 Altconservativen und 2 Fortschrittsmännern schon diesmal 4 Gemäßigte als Reichstagsabgeordnete; und die deutschen Vertreter, welche Westpreußen gesandt hat, sind fast alle der einen oder der andern Mittelpartei zuzurechnen. Allerdings ist zu beklagen, daß gade jener District, von welchem aus im 13. Jahrhundert die Germanisirung der Ordenslande begonnen hat, der Wahlbezirk Thorn-Culm, uns einen Polen in den ersten deutschen Reichstag sendet. Dagegen sind die Versuche der polnischen Partei, in den beiden Gebieten unseres Staats, wo die an Kopfszahl überwiegende niedere Bevölkerung noch polnisch spricht, wo aber sonst alles deutschen Stempel trägt, nämlich im südlichen Theil Ostpreußens (Masuren), und in Oberschlesien (der Wasserpolakei) polnische Candidaten zur Geltung zu bringen, glänzend gescheitert.

Während in dem bisher von den abstracten Theorien des Absolutismus und der Demokratie beherrschten Preußen die Gegensätze sich mildern, tritt in dem wegen seiner „Gemüthlichkeit“ sonst so gerühmten Schlesien die Frucht jener Aussaat schon zu Tage, welche unsere wüthendsten Reactionäre, die Clericalen, dort gestreut haben. Mit Hülfe der verwerflichsten Mittel ist der Geistlichkeit gelungen, 5 Ultramontane durchzusetzen. Im Uebrigen schießt uns Schlesien 10 Freiconservative, 9 Conservative, 2 Fortschrittsmänner und 6 gemäßigt Liberale. Die Partei, welche hier am grimmigsten von den Ultramontanen

angegriffen worden und auch Dank der unerhörtesten Ausschreitungen von geistlicher Seite mehrfach geschlagen wurde, ist der rechte Flügel unserer nationalen Fraktionsgruppe.

Dagegen hat dies Element in Posen einige Fortschritte gemacht, und auch die andern Wahlen jener für das neue deutsche Reich so unentbehrlichen, aber kaum zur Hälfte germanisirten Provinz haben eine gemäßigte Richtung genommen, soweit sie auf deutsche Männer sich gelenkt haben. Leider ist die Provinzialhauptstadt durch einen Polen vertreten; ein Resultat, welches, obwohl in diesem Wahlkreise Polen und Deutsche sich fast die Wage halten, durch regere Wahlbetheiligung der dortigen Deutschen hätte vermieden werden können. Freilich hatte der Deutsche, welcher Stadt und Kreis Posen im norddeutschen Reichstage vertrat, s. B. nur 2 Stimmen Mehrheit davongetragen.

Auch innerhalb der polnischen Partei, welche aus Westpreußen und Posen zusammen 11 Häupter zählt, hat in letzter Zeit durch die Bemühung des Erzbischofs Ledochowski ein clericales Häuflein sich gebildet. Die ultramontan-polnischen und die „reinnationalgesinnten“ Candidaten befehdeten sich vor den Wahlen sogar recht heftig; den Zankapfel bildete die weltliche Macht des Papstes, für deren Wiederherstellung die letzteren sich nicht verpflichten wollten, und diesem Streit wohl ist zu verdanken, wenn die polnische Fraktion jetzt um Ein Mitglied ärmer geworden ist, als sie im norddeutschen Reichstage dastand.

Die national-deutsche Richtung ist gegenüber den extremen Parteien auch in den drei Provinzen Pommern, Brandenburg und Sachsen um ein wenig stärker geworden. Der Gegensatz, welcher zwischen unserer heutigen Regierungspolitik und den preußischen Altconservativen besteht, ist am crassesten im Wahlkreise Luckau-Kalau hervorgetreten, wo die Feudalen mit einem unglaublichen Aufgebot particularistischer Phrasen die Wähler zu Gunsten des Mannes von Olmütz, Herrn v. Manteuffel, bearbeitet haben. Sein Gegen-candidat in zweiter Wahl, Herr v. Lindenau, wird ausdrücklich perhorrescirt, „weil derselbe in Sachsen geboren sei.“\*)

Die Provinz Schleswig-Holstein sendet uns 1 Dänen, 4 halb fortschrittlich, halb particularistisch gefärbte Herren und 4 nationale und liberale Männer; gegen die früheren Wahlen ein glücklicher Gewinn. Einen Rückgang muß dagegen die national-liberale Partei in Hannover beklagen. Sie hat dort, wahrscheinlich in Folge von ungerechtfertigtem Sicherheitsgefühl und andererseits unter dem Eindruck der wohl allzuharten Maßnahmen Vogels gegen das Welfenthum, im Vergleich zu den Particularisten an Terrain verloren. So giebt es unter den hannöverschen Abgeordneten heute 8 Reactio-

\*) Ist aber in der Nachwahl dennoch gewählt worden.

D. R.

näre (gegenüber den 4 Welfen des norddeutschen Reichstags), 9 National-liberale und 2 Freiconservativen.

Mit Ausnahme des Eines, wie immer ultramontanen, Vertreters von Fulda sendet uns dagegen der Regierungsbezirk Cassel lauter Nationalliberale; Wiesbaden aber schickt uns 3 Fortschrittsmänner (worunter Löw-Sonnenmann), 1 gemäßigt Conservativen und 1 Clericalen.

In Westfalen beginnen nun die diesmaligen Erfolge der Schwarzen ihren bedrohlichen Charakter anzunehmen, indem wir hier 9 Clericale, 3 Fortschrittsmänner und 5 Gemäßigte neben einander sehen. Das Rheinland aber macht uns Preußen erröthen, denn unter 35 rheinländischen Abgeordneten befinden sich fast 30 verkappte oder offene Clericale und nur 5 den nationalen Richtungen entschieden angehörige Männer; unter diesen allerdings Eine sehr werthvolle Errungenschaft: Heinrich von Treitschke, der Vertreter für Kreuznach-Simmern. Auch hier, wie in Schlesien, ist es die freiconservative Richtung gewesen, die mit unerlaubter, ja unehrlicher Agitation von den aus der Erde heraufgestiegenen schwarzen Gespenstern am allerheftigsten befeindet worden ist; mit Grund, denn in ehemals national gesinnten und jetzt jesuitischen Häuptern des rheinischen Ultramontanismus wirkte die ganze Wuth des Renegatenthums. Nirgend als in der Rheinprovinz ist so klar zu Tage getreten, daß die katholische Kirche, wie sie von den Ultramontanen aufgefaßt wird und wie ihre Einflüsse von dieser Seite aus gehandhabt werden, nichts anderes sein soll, als ein für die weltliche Herrschaft einer gewissen, sich nach Mamelukenweise rekrutirenden Kaste, bestimmter Mechanismus.

Die Ultramontanen stellen mit den angeblich religiösen Interessen, die sie dem modernen Staat gegenüber zur Geltung bringen wollen, uns nichts entgegen, als die Tendenz auf Wiederherstellung mittelalterlicher Staats- und Gesellschaftsformen. Ihr erbitterter Kampf gegen ihre eigenen Glaubensgenossen, wie den würdigen braven Domherrn Rünzer, zeigt deutlich, daß sie das neue deutsche Reich so bald als möglich zu einer feudalarbischen Verquickung von imperium und sacerdotium machen wollen. So wird auch durch das gemeinsame offenkundige Bemühen ihrer drei Chefs, Reichensperger, Savigny und Ketteler auf Restitution aller secularisirten Kirchengüter hingearbeitet. Ja, diesen Elementen gegenüber, die uns in die finsterste Nacht hineinführen wollen, gilt das herrliche Wort, welches unser Kaiser letzte Woche auf die Beglückwünschung der Behörden unserer Hauptstadt erwiedert hat: „Sorgen wir, daß es Tag bleibe!“ Im Ganzen ist mehr als der fünfte Theil derjenigen Abgeordneten, welche Preußen vertreten, zu der Fraction zu zählen, welche sich mit unnachahmlichem Jesuitismus „Centrum (Verfassungspartei)“ nennt, nämlich 51 Herren aus den 11 preußischen Provinzen. Wie erhebend ist diesem Anschwellen einer Richtung gegenüber,

welche Bismarck 1867 im constituirenden Reichstage als Zerstörer der deutschen Macht so treffend und nachdrücklich bezeichnet hat, ein Blick auf die so herrlich nationalen Wahlen Süddeutschlands und der nördlichen Kleinstaaten, namentlich Mecklenburgs, das trotz der raffinirten Machinationen der dortigen Feudalparticularisten gänzlich national gewählt hat! Doch beurtheilen wir das preußische Volk nicht zu hart; denken wir daran, wie die schwache Theiligung an der Wahl (nirgends sind bei uns mehr als 15 Procent der Bevölkerung an die Urne getreten, in einigen altpreußischen Districten bleibt das Verhältniß unter 9 bis 8 Procent stehen) mit dem Umstande zugeschrieben werden muß, daß in Preußen beträchtlich mehr Wahlberechtigte als in irgend einem andern deutschen Staat unter die Fahnen gezogen worden sind! Bis in die Altersklasse von 40 zu 50 Jahren, d. h. zum ausgesprochenen Landsturm, hat man kaum in einem andern deutschen Lande gegriffen, auch in die Landwehr nirgend so stark. Weit mehr als zwei Drittel der Kämpfer, welche Deutschland am 3. März in Waffen hielt, und in Folge dessen ihres Wahlrechts verlustig gingen, waren aus Preußen. Aus der erleichterten Einwirkung auf die im Civilstande zurückgebliebenen unkräftigeren Landesbewohner erklären sich die für die Reactionären so günstigen preußischen Wahleresultate. Dennoch ist vorauszusagen, daß der unter den preußischen Abgeordneten vorherrschende Geist keinen Einfluß auf die Majorität des Reichstags üben wird; vielmehr ist die wohlthätige Wirkung, welche der Eintritt sovieler grunddeutsch gesinnter Elemente aus dem Süden, den Mittel- und Kleinstaaten ausüben muß, schon seit den ersten Verhandlungen nicht hoch genug anzuschlagen. Zwar wird in mehr als einer Beziehung die diesmalige Session als eine vermehrte zweite Auflage des norddeutschen Parlamentes betrachtet, wie die merkwürdige und doch mit Beifall aufgenommene Bewillkommnung „der zum ersten Mal hier eintretenden Collegen“ und die Annahme der norddeutschen Geschäftsordnung schließen läßt. Allein der Sinn, in welchem schon jetzt die Mehrheit des Reichstags über die in der sehr warm aufgenommenen Thronrede verheißenen Vorlagen sich ausspricht, zeigt unverkennbar, daß die Collectivseele dieses Parlaments von anderer Beschaffenheit sein wird, als der Charakter der norddeutschen Volksvertretung. Die Versöhnung von Nord und Süd, welche der große Krieg herbeiführte, die bloße Existenz des deutschen Reichstags ist erheblich werthvoller als irgend eins der zahlreichen parlamentarischen Gebilde der deutschen Vergangenheit. Die Reminiscenzen aus der preußischen Conflictzeit treten jetzt ganz zurück. Dadurch wird die Haltung des Parlaments ebenso unbefangen, als seine Physiognomie durch die weit klareren Ziele, die uns jetzt gesteckt sind, an Bestimmtheit gewinnen wird. Man will auf liberaler Seite in seinen Ansprüchen mäßiger sein, als die oft so schrill radicalen Stimmen der Linken des norddeutschen Parlaments,

und darum wird man doch mehr erreichen. Man wird die Forderungen, welche die Rücksichten auf Deutschlands äußere Sicherheit an uns stellen, entschlossener und unbekümmerter um die Ungunst der fortschrittlichen Denunciationspresse bewilligen als 1867. Und der nergelnde Ton, in welchem man sonst an die Prüfung der gouvernementalen Willensmeinung noch immer hinantrat, wird einer Auffassung im großen Styl Platz machen. Die Toga unserer Redner wird an Wurf und Schwung gewinnen, je mehr der Gedanke durchdringt, daß alle nationalreformatorischen Elemente, zusammen genommen — Dank der Rettung, die Preußen diesmal durch das übrige deutsche Volk erfährt — ja doch die Mehrheit des Hauses, nur Eine Partei mit gemeinsamen großen Gesichtspunkten darstellen, gegenüber jenem Conglomerat antinationaler und reactionärer Kräfte, die bei dem gänzlichen Unterliegen der lassalleanischen Partei diesmal fast gar keine Unterstützung von subversiven Mächten empfangen. Schon der Hauch, der in den ersten Verhandlungen und freien Zusammentreffen der deutschen Volksvertreter wehte, hat uns fühlen lassen, daß wir mit diesem Reichstage trotz der Schattenseiten in seiner Zusammensetzung gewonnen haben, was uns so lange fehlte: freies Feld und offene Bahn für die Entwicklung des pflichtbewußten Parlamentarismus, der, gleich angemessen für unser Zeitalter wie für das Naturell unserer Nation, bestimmt ist, die Form für das öffentliche Leben Deutschlands zu bilden. d/l.

### Ein neu glücklich Schiff.

Zürich beherbergt vermöge seines Doppelbesitzes von eidgenössischem Polytechnicum und cantonaler Universität bekanntlich eine solche Anzahl Professoren deutscher Nationalität, daß es darin einer mittleren deutschen Hochschule völlig gleichzuachten ist; und wenn freilich den eigentlich akademischen Lehrern das Züricher Katheder auch von jeher mehr als ein Durchgangspunkt gegolten hat, um etwas rascher vom Privatdocenten zum ordentlichen Professor auszuwachsen, so befinden sich dagegen am Polytechnicum wissenschaftliche und pädagogische Sterne ersten Ranges. Es braucht nur an Zeuner und Culmann erinnert zu werden, die man eben so gern in Aachen gehabt hätte wie in München, als dort die neuen polytechnischen Schulen errichtet wurden.